

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik
11011 Berlin
Telefon 030 227-77594
Telefax 030 227-76594
roderich.kiesewetter@bundestag.de
Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:
Wellandstraße 58
73434 Aalen
Telefon 07361 5249 201
Telefax 07361 5249 202
roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de



Kiesewetter kompakt 22/2010

Europa kann nur gemeinsam gelingen – Persönliche Notizen

Regierungserklärung vor dem Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs in Brüssel

Kaum ein anderes Land hat von der Europäischen Union so profitiert wie Deutschland. Wiedervereinigung, wirtschaftliche Prosperität, Aussöhnung mit den Nachbarländern; all das wäre ohne die EU nicht möglich gewesen. Und in der Welt von heute werden selbst die Stimmen großer Staaten wie Deutschland und Frankreich kaum mehr wahrgenommen.

Ohne die EU gäbe es in einer globalisierten Welt keine wirksame Vertretung europäischer, aber auch nicht deutscher Interessen. Und noch immer ist die EU Deutschlands wichtigster Absatzmarkt. All dies wird bei der gegenwärtigen Diskussion über den Euro gerne vergessen.

Gegenwärtig sorgt die Bundesregierung dafür, dass der Euro eine stabile und weltweit anerkannte Währung bleibt. Die Koalitionsfraktionen unterstützen sie dabei, dass es gelingt, den Euro nachhaltig zu stabilisieren. Die Eurozone ist stabiler, als es scheint. Aber nur Stabilität und nachhaltiges Wirtschaften in allen Euro-Ländern schützen vor Spekulation. Eine nachhaltige Haushalts- und Wirtschaftspolitik ist das Gebot der Stunde.

Eurobonds und eine Transferunion lehnen CDU und CSU strikt ab. Deutschland leistet solidarische Hilfe, wo es nötig ist. Solidarität ist aber keine Einbahnstraße. Im Euroraum muss eine Stabilitätskultur ausgebaut werden, statt sie abzuschwächen, wie Rot-Grün es getan und dabei Glaubwürdigkeit in Sachen Stabilität verspielt hat.

Zentraler Punkt für die Stabilitätskultur ist der neue Krisenmechanismus (Europäischer Stabilitätsmechanismus ESM). Deutschland und andere EU-Länder streben dafür eine begrenzte Änderung des EU-Reformvertrages von Lissabon an. Ein dauerhafter Krisenmechanismus für die Euro-Zone soll ab 2013 den sogenannten Euro-Rettungsschirm ablösen.

Vor dem Treffen der 27 Staats- und Regierungschefs der EU am 16. und 17. Dezember in Brüssel erläuterte Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag, dass diese Vertragsänderung in den Mitgliedsstaaten spätestens bis zum Ende 2012 abgeschlossen werden solle.

Angela Merkel bezeichnete die EU als Verantwortungsgemeinschaft. „Europa gelingt gemeinsam, Europa gelingt nur gemeinsam“, betonte sie in ihrer Regierungserklärung. Die EU habe die Euro-Krise bislang gut gemeis-

tert, stellte die Kanzlerin fest. Alle Akteure in Europa hätten mutig abgestimmt und entschlossen gehandelt. „Der Euro hat sich als krisenfest bewährt“, sagte sie. Deutschland profitiere ganz besonders von der Gemeinschaftswährung. Eine Inanspruchnahme des ständigen Rettungsfonds werde an "strikte Auflagen" geknüpft, sagte Merkel weiter. Hilfen sollen nur nach einem einstimmigen Beschluss gewährt werden.

Die Bundeskanzlerin lehnte die Einführung von Euro-Bonds ab. Gemeinsame Euro-Anleihen sind keine Lösung für die Probleme der Euro-Zone, sagte die Kanzlerin. Nötig sind hingegen Verbesserungen der Wettbewerbsfähigkeit und der Haushaltslage als "zwei Seiten der gleichen Medaille". "Die grandiose Friedens- und Freiheitsidee der europäischen Einigung" sei der eigentliche Grund des Handelns. Dies dürfe bei allen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht vergessen werden, sagte Merkel. Dies sei das Vermächtnis, das heutigen und künftigen politischen Generationen hinterlassen worden sei. "Diesem Vermächtnis fühle ich mich ganz persönlich verpflichtet", sagte Merkel.

Auch Volker Kauder erinnerte in seiner Rede an die lange europäische Friedensgeschichte. „Deutschland ist unser Vaterland, Europa unsere Zukunft“, mit diesem Satz hätten CDU und CSU in vielen Europa-Wahl-kämpfen für die europäische Einigung geworben und damit gezeigt, dass die Union keinen Zweifel an Europa habe. Alle großen Entscheidungen in Deutschland sind mit der europäischen Einigungsidee verbunden. Für das, was die Bundesregierung für den Euro in den letzten Wochen und Monaten geleistet hat, dankte er Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble.

Kabinettsbeschluss zur Bundeswehrreform

Das Bundeskabinett hat in dieser Woche die Aussetzung der Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 beschlossen. Wir begrüßen die klare Entscheidung des Kabinetts. Der beschlossene künftige Gesamtumfang der Bundeswehr von bis zu 185.000 Soldaten trifft ebenfalls auf unsere Zustimmung. Insbesondere die

170.000 Zeit- und Berufssoldaten ermöglichen der Bundeswehr die Beibehaltung eines breiten Fähigkeitsspektrums.

Die Botschaft, die von dieser Entscheidung ausgeht, ist klar: Deutschland bleibt ein verlässlicher Bündnispartner mit starken Streitkräften. Die Bundeswehr hat nun die notwendige Planungssicherheit, um die Reform anzupacken. Verteidigungsminister zu Guttenberg verdient höchsten Respekt. Es ist seinem Engagement und seiner Entscheidungskraft zu verdanken, dass die grundlegendste Reform in der Geschichte der Bundeswehr gelingen kann.

Es gilt jetzt, im Parlament die gesetzlichen Grundlagen zügig zu ändern und den Beschluss finanziell so zu untermauern, dass die Reform erfolgreich umgesetzt werden kann.

Koalition beschließt Steuervereinfachungen

Mit dem geplanten „Steuervereinfachungsgesetz 2011“ und den darin enthaltenen rund 40 Maßnahmen wird das Steuerdickicht ein Stück weit gelichtet. So wird vor allem die Steuererklärung für Arbeitnehmer und für Familien mit Kindern sichtbar erleichtert und gleichzeitig eine direkte Steuerersparnis in Höhe von knapp 600 Millionen Euro bewirkt.

Mit der Anhebung des Arbeitnehmerpauschbetrages von derzeit 920 Euro auf 1.000 Euro wird für rund 22 Millionen Arbeitnehmer das Erfordernis, Belege vorzulegen, deutlich reduziert und gleichzeitig eine Entlastung von über 300 Millionen Euro erreicht.

Auch die Unternehmen werden durch Maßnahmen zur Entbürokratisierung des Steuerrechts indirekt in einem Umfang von circa vier Milliarden Euro entlastet. Hinzu kommen weitere Maßnahmen zur Entbürokratisierung des Einkommensteuerrechts, beispielsweise durch die Möglichkeit, die Einkommensteuererklärung wahlweise nur alle zwei Jahre abzugeben. Damit löst die christlich-liberale Koalition ein weiteres Wahlversprechen für diese Legislaturperiode ein. Steuererklärungen

können zukünftig einfacher und schneller erledigt werden.

Einsatz für Religionsfreiheit weltweit

Die christlich-liberale Koalition hat das Werben für Religionsfreiheit und den Einsatz für verfolgte Christen zu einem festen Bestandteil der deutschen Außenpolitik gemacht. An diesem Freitag hat der Bundestag den Antrag der Koalitionsfraktionen „Religionsfreiheit weltweit schützen“ abschließend beraten.

Mit dem Antrag wird der Fokus auf drei Bereiche gelegt, die im Kampf für umfassende Religionsfreiheit zentral sind: Zur Religionsfreiheit gehört vor allem das Recht, seinen Glauben öffentlich zu bekennen. Insbesondere in zahlreichen muslimischen Staaten werden dieses Recht und die Möglichkeit, für die eigenen Glaubensüberzeugungen zu werben, stark eingeschränkt.

Dies gilt beispielsweise auch für die Türkei. So hält der im November 2010 erschienene EU-Fortschrittsbericht neben einer Reihe weiterer Defizite fest, dass das öffentliche Werben als Bedrohung der staatlichen Integrität und der muslimischen Religion wahrgenommen und in Einzelfällen sogar strafrechtlich verfolgt wird. Der Bau von Kirchen ist rechtlich stark eingeschränkt.

Zur Religionsfreiheit gehört ferner das Recht, den eigenen Glauben zu wechseln oder auch gar keine Religion zu haben. Zahlreiche Staaten, insbesondere mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit, bestreiten dieses Recht. Der Abfall vom Islam (Apostasie) wird in vielen dieser Staaten strafrechtlich verfolgt. Eng verbunden mit der Religionsfreiheit ist die Meinungsfreiheit. Der Antrag kritisiert den Versuch von islamischen Staaten, die Meinungsfreiheit mit der Begründung einzuschränken, den Islam vor Diffamierung schützen zu wollen. Auf Ebene der Vereinten Nationen werben diese Staaten seit langem für solch ein Vorgehen. So genannte Blasphemiegesetze sind heute in vielen Staaten bereits Realität.

Die Befassung des Deutschen Bundestags mit diesem Antrag kurz vor Beginn der Weih-

nachtszeit zeigt deutlich, welchen hohen Stellenwert dieses Thema für CDU und CSU hat.

Erhalt der Mehrgenerationenhäuser

Nach intensiven Gesprächen zur Zukunft der Mehrgenerationenhäuser ist es gelungen, ein Folgeprogramm zu etablieren. Das neue Programm wird im Jahre 2011 ausgeschrieben, startet zum 1.1.2012 und wird für drei Jahre bezuschusst. Um die Häuser dauerhaft in die lokale Infrastruktur zu integrieren, sollen die Kommunen eine stärkere Rolle als bisher übernehmen. Bund und Länder werden gemeinsam mit den Kommunen nach Wegen suchen, wie dieses Ziel umgesetzt werden kann.

Inhaltliche Schwerpunkte des Folgeprogramms sind unter anderem: Die Etablierung von Unterstützungsangeboten für Demenzerkrankte und ihre Familien, integrationsfördernde Angebote oder auch die Vernetzung von Einrichtungen und Initiativen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements.

Die jetzt anstehende Ausschreibung eines Folgeprogramms ist auch eine Anerkennung der Leistung der engagierten und größtenteils ehrenamtlichen Arbeit in den Mehrgenerationenhäusern, die für viele Helferinnen und Helfer sowie für Besucherinnen und Besucher ein völlig neues nachbarschaftliches Miteinander geschaffen haben.

Zitat

«Der Wandel ist das Kleid des Bleibenden. Was bleibt liegt an uns» (Ihr MdB Roderich Kiesewetter zum Jahreswechsel)

Persönliche Notizen

1. Ich bin mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble der Meinung, dass gemeinsame Anleihen der Euro-Länder kein geeignetes Mittel zur Überwindung der Staatsschulden-Krise sind.

Euro-Anleihen mit einem gleichen Zinssatz für alle Staaten würde nämlich eine gemeinsame Haftung der Euro-Länder und eine Ver-

einheitlichung der Kreditwürdigkeit bedeuten. Sie würde das aushebeln, was bisher von allen als Grundlage der Euro-Stabilität angesehen wurde: Wer gut wirtschaftet, zahlt weniger Zinsen für seine Staatsanleihen, wer nicht solide wirtschaftet, wie z.B. Griechenland, zahlt höhere Zinsen. Euro-Anleihen würden dazu führen, dass alle einen höheren Zinssatz zahlen müssten. Grundsätzlich muss jedes Land für sich selbst verantwortlich sein. Sonst würde der finanzpolitischen Verantwortungslosigkeit Tür und Tor geöffnet.

Ich würde mir wünschen, dass die Bundeskanzlerin und die Bundesregierung dem Chef der Euro-Gruppe, Jean-Claude Juncker, energisch entgegenzutreten und in dieser Angelegenheit hart bleiben.

2. Das Kabinett billigt die Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und baut damit bürokratische Hindernisse beim Erwerb des Feuerwehrführerscheins ab. Der Gesetzentwurf enthält die Ermächtigungsgrundlage für eine spezielle Fahrberechtigung für die Freiwilligen bei Feuerwehr und Katastrophen- und Hilfsdiensten zum Führen von Einsatzfahrzeugen bis zu einer zulässigen Gesamtmasse von 4,75 bzw. 7,5 t auf Grundlage einer spezifischen Ausbildung und Prüfung. Davon profitieren die vielen Ehrenamtlichen in den Hilfsdiensten in unserem Wahlkreis, die unsere Gesellschaft mit ihrem großartigen sozialen Engagement unterstützen. Weitere Details unter <http://bit.ly/gn01sw>

3. Mit meiner 13. Rede im Deutschen Bundestag zum Fortschrittsbericht Afghanistan (<http://bit.ly/bqVpoF>) verabschiedete ich mich für 2010 vom Rednerpult im Plenarsaal des Bundestages. Ich freue mich darüber, denn auch mit Reden kann ich für unseren Wahlkreis in der Hauptstadt werben.

4. Diese Woche wurde ich vom Generalsekretär der CDU Hermann Gröhe in den Bundesfachausschuss Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik berufen. Es ist für mich eine große Ehre, in diesem Gremium an der Erarbeitung von außen- und europapolitischen Positionen für unsere Partei mitzuwirken und diese in die politische Diskussion einzubringen.

Gerade im Hinblick auf grundsätzliche Fragestellungen wie Energieversorgungssicherheit, Abrüstung und Zivile Krisenprävention werde ich mich um einen gesamtheitliche Betrachtung und die Vernetzung des Engagements der Union bemühen. Aufgabe des rund 40-köpfigen Bundesfachausschusses ist es, die außen-, europa- und sicherheitspolitische Programmatik der CDU im Detail zu formulieren.

5. Aus der vergangenen sitzungsfreien Woche gibt es wieder Einiges zu berichten:

- Jahreshauptversammlung CDU Lauchheim: voller Saal und lange Diskussion. (<http://bit.ly/gOpRQG>) Unter den Jubilaren für 30 Jahre CDU Mitgliedschaft war auch Günther Mettmann mit dem ich früher in der JU aktiv war, wir haben uns seit 1982 nicht mehr gesehen.
- Anschließend ging es in den Bauwagen nach Röttingen, gute Gespräche mit vielen jungen und junggebliebenen.
- War wieder gern beim Fußball, leider hat unsere Mannschaft nicht gewonnen, auch nach Heidenheim komme ich bald wieder zum Fußballspiel.
- Am 4. Dezember In der evangelischen Stadtkirche Aalen ein beeindruckendes Konzert mit Vortrag des Stadtarchivars anlässlich des 650 jährigen Reichsstadtbjubiläums. Es gab leider noch viele freie Plätze. (<http://bit.ly/fqLfzY> und <http://bit.ly/dYj0nM>)
- Kolpingfamilie Westhausen mit Vortrag, „Was hält unsere Gesellschaft zusammen?“ mit sehr vielen Kolpingbrüdern und –schwestern und einer langen Diskussion. Danach noch ein Besuch bei meiner Kolpingfamilie in Ellwangen.
- Traditionelles, ausdrucksstarkes Adventskonzert im Aalener Landratsamt mit einem wirklich beeindruckendem Conférencier – unserem Landrat Klaus Pavel ;-)
(<http://bit.ly/dVwB63>)

Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten

- „Energiewoche“ drei Veranstaltungen: mit Ex-Bundesumweltminister Prof. Dr. Töpfer in der Aalener Stadthalle (Zitat: „Auf diese Region muss man achten!“ als er vom Stiftungslehrstuhl und den anderen Anstrengungen für Erneuerbare Energien hörte; Infos unter <http://bit.ly/gm9qOL> und <http://bit.ly/fMV8Yj>), das mit maßgeblichen Vorträgen bereicherte Klimaforum Ostalb <http://bit.ly/dOj2qr> sowie das lehrreiche energiewirtschaftliche Forum ODR und Hochschule Aalen <http://bit.ly/fKWgop>
- MdEP Dr. Inge Gräßle gelang am 6. Dezember wieder eine umfassende Anhörung mit Experten in Heidenheim, dieses Mal zum Thema Gesundheitsreform (<http://bit.ly/dEG4US>) gemeinsam mit Kollegen MdL Bernd Hitzler und mir.
- An einem Vorlesetag war ich im Kindergarten „Aufwind“ in Aalen und las Vorschulkindern aus Pettersons und Findus‘ Weihnachtsgeschichte vor.
- Bei den „Grünen Schwestern“ im Ellwanger „Roten Ochsen“ ging es um die Fortsetzung der Diskussion vom Berliner Besuch im Sommer, viele Fragen und ein voller Saal.
- Weitere Besuche im Hochschulkuratorium HAW Aalen, der Dualen Hochschule Heidenheim und im Kreisjugendring Ostalb schlossen sich an.
- Beim Bürgerabend in Kerkingen wurden mir kernige Fragen gestellt, es ist zwar nicht immer einfach, aber ganz wichtig, sich auch schwierigen Fragen zu stellen.
- Die Wahlkreiswoche klang beim traditionellen „Entenessen“ in Nordhausen und beim sehr beeindruckenden Jahresabschlusskonzert des Musikvereins Hüttlingen geruhsamer, ja adventlich aus.

Hinter mir liegt ein erfülltes und glückliches Jahr. Mein herzlicher Dank gilt Ihnen für die aufmerksame Begleitung, viel guten Rat und

schöne Begegnungen aber auch für Ihr Engagement!

In den Dank schließe ich auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Büros ein, Frau Sigrid Jokl-Gehring, Frau Kristin Lindner, Herrn Alexander Arendt, Herrn Christian Fromm und Herrn Arne Schmidt wie auch die fleißigen Praktikantinnen und Praktikanten aus dem Wahlkreis.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein besinnliches und friedvolles Weihnachtsfest, viel Glück und Erfolg für das Jahr 2011

Herzliche Grüße

Ihr und Euer Roderich Kieseewetter